

Schittich, Ingrid (2014): Roma. Es hat sich nicht viel geändert seit 1993. Eindrücke bei einer Kundgebung.

An einem Samstag im September 2014 stehen wir auf dem Schlossplatz in Stuttgart, und wieder einmal hoffen die Roma, durch diese Kundgebung auf ihre unwürdige Situation in Deutschland aufmerksam zu machen.

Ich sehe in ihre ernsten Gesichter, höre leise Gespräche, die der kühle Regen dämpft und fortträgt. Hin und wieder ist ein der Schwere der Situation trotzendes Lachen zu hören. Das können sie, die Roma, das haben sie in vielen leidvollen Stunden ihres Lebens und ihrer Geschichte gelernt: Sich durch Lachen, Musik und Tanzen eine Art emotionale Insel zu schaffen, welche sie - wenn auch nur für kurze Zeit - aufnimmt und Schutz gibt. Ich sehe Kinder durch die Menge hüpfen, scheinbar unberührt von den Sorgen ihrer Eltern.

Ähnliche Bilder, ähnliche Gesichter, ähnliche Stimmen, ähnliche Fröhlichkeit, ähnlich unbeschwerte Kinder - alles holt mich wieder ein. Ich bin für einige Momente zurück im Sommer 1993.

Auch damals haben die Roma öffentlich an das Gewissen der Menschen in diesem Land appelliert. Sie wollten daran erinnern, dass Nazischergeren mehr als 500.000 Roma und Sinti in Deutschland und in Ländern auf dem Balkan ermordeten.

Vor nunmehr mehr als 20 Jahren zogen sie, 120 Roma, in einem friedlichen Protestmarsch von Dachau über Kehl durch den südlichen Schwarzwald bis nach Konstanz und schließlich nach Überlingen. Sie wollten erreichen, dass die Bundesrepublik Deutschland einem bestimmten Kontingent von Roma ein Bleiberecht als eine Art Wiedergutmachung gewährt, vergleichbar der Aufnahme von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion.

An einem heißen Tag im Juli kamen sie, von Konstanz kommend, in Überlingen an, erschöpft, viele krank, voller Angst auch, denn sie waren „illegal“. Die meisten von ihnen hatten ihre „Ausreiseaufforderung“ in der Tasche, d.h. ihnen drohte die unbarmherzige Abschiebung, wenn sie der Aufforderung nicht fristgerecht nachkamen.

Wir haben schnell erlebt, wie sich in dieser Zeit zwischen uns Einheimischen Freundschaft und Ablehnung neu definierten. Einige Freundschaften gingen zu Bruch, weil manche nicht gegen das Gesetz verstoßen wollten, indem sie sich mit „Illegalen“ abgaben.

Tatsächlich haben wir alle, die sich um die Roma kümmerten, gegen geltendes Gesetz verstoßen. Das alte Ausländergesetz von 1990 stellte denjenigen unter Strafe, der einem Ausländer dabei Beihilfe leistet, sich illegal in Deutschland aufzuhalten.

Wir haben andererseits auch erlebt, wie Ärzte kranke Roma umsonst behandelten, wie sie ohne Bürokratie für eine Schwangere ein Einzelzimmer im Kranken-

haus organisierten. Ohne Honorar, ohne Versicherung.

Wir haben erlebt, wie eine Bauernfamilie im Bodenseehinterland ein zwei, drei große Wiesen zur Verfügung stellte, damit ein Zeltlager errichtet werden konnte. Zwei Wochen konnten sie dort bleiben, sie genossen ein paar ruhig-unruhige Tage. An anderen Orten wurden sie nach dem „Landfahrerrecht“ behandelt. „Landfahrendes Volk“ durfte nicht länger als drei Tage auf einem öffentlichen Platz bleiben.

Wir haben erlebt, wie der Bürgermeister einer nahe gelegenen Gemeinde täglich Essen ins Lager brachte, und ein junger katholischer Pfarrer Öl, Mehl und andere Backzutaten.

Und wie später, als wir mit einer kleinen Abordnung der Roma nach Genf zum UNHCR fahren, alternative Gruppen in Südbaden uns spontan und zuverlässig halfen, die Grenzkontrollen zu „überwinden“. In Genf durften wir die Gastfreundschaft der Bewohner eines besetzten Hauses genießen, die uns zum Essen einluden. Andere Helferinnen und Helfer brachten uns an günstigen Stellen wieder über die Grenze zurück nach Deutschland.

Für mich war in jener Zeit der stärkste Eindruck die allgegenwärtige Angst der Roma, die irgendwie auch auf uns Nicht-Roma übergriff. Wir, die wir uns höchstens beim Feiern einmal die Nacht um die Ohren schlagen, taten dies plötzlich aus Angst um unsere Roma-Mitmenschen. Deutsche aus Konstanz und Überlingen schliefen abwechselnd im Lager im Hinterland als Begleiter_innen, Wachen und mögliche Zeuginnen und Zeugen. Man hörte gespannt in das Dunkel der Landschaft hinein, war alarmiert, wenn irgendwo ein kleiner Zweig zerbrach. Man flüsterte miteinander. Geschlafen haben die Roma in Kleidern. Die Wachen waren immer auf dem Sprung, die Schlafenden zu warnen, wenn Polizei zur Abschiebung käme. Ab sechs Uhr morgens durfte nach dem Gesetz die Polizei kommen. Also war für die Roma ab vier oder fünf Uhr nicht mehr an richtiges Schlafen zu denken.

Im relativ sicheren Zeltlager galt der Blick dennoch immer den Möglichkeiten, wohin man fliehen könnte, wenn Polizei käme. Musste jemand das Lager verlassen, zum Arzt gebracht werden, dann blickte man ganz anders aus seinem Autofenster: Ist die Straße voll, ist irgendwo Polizei zu sehen, fährt man lieber eine kleinere Straße, weil einem da eher kein Polizeiauto begegnet? Ich sah meine Stadt und ihre Umgebung plötzlich mit anderen Augen.

Wir haben damals die Roma nicht bei uns halten können. Zu einer Kontingentregelung ist es bis heute nicht gekommen. Unsere Roma wurden nach und nach abgeschoben, nach Mazedonien, nach Rumänien. Einigen konnten wir wenigstens eine geregelte Ausreise ermöglichen. Weder Vertreter oder Vertreterinnen der politischen Klasse noch die Kirchen fühlten sich damals angesprochen, sie boten keine Hilfe für die Roma an.

Besonders makaber war die Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland in den frühen 1990er Jahren Roma an Mazedonien und Rumänien für viele Millionen Deutsche Mark buchstäblich verkaufte. Die Roma besaßen nach dem Zerfall Jugo-

slawiens, aus dem die meisten unserer Roma stammten, keine Staatsbürgerschaft von einem der Nachfolgestaaten. Als demnach Staatenlose hätten sie nach internationalem Recht nicht abgeschoben werden können. Die BRD zahlte die Millionen dafür, dass Mazedonien und Rumänien Roma flugs zu ihren Staatsbürgern machten, die dann in ihre „Heimat“ abgeschoben werden konnten. Praktisch lief das so ab: Die Roma wurden ins Ausländeramt einbestellt, wo ihnen mitgeteilt wurde, dass sie ab sofort Mazedonier bzw. Rumänen seien. Ihnen wurden die jeweiligen Pässe in die Hand gedrückt - zusammen mit der kurz befristeten Ausreisepflichtaufforderung.

Ihr Leben in den ghettoartigen Orten ihrer jeweiligen neuen „Heimat“ war dann gezeichnet von Unfreiheit und unwürdiger Behandlung. In der Regel nahm man ihnen die Pässe gleich wieder ab. Es gibt keine Schulbildung für die Roma-Kinder, und die Erwachsenen sind bis heute ungeliebte und verachtete Bürger und Bürgerinnen der Länder, in die sie abgeschoben wurden.

Ich bin zurück auf dem Schlossplatz in Stuttgart. Ich höre die Musik, verfolge die Reden, die mich berühren, und ich bin wütend.

Denn wieder treibt die politische Klasse unseres Landes ihr schmutziges Spiel mit den Roma. Sie sucht abermals einen Freibrief dafür, Roma abschieben zu können. Dieses Mal will sie die Herkunftsländer der Roma, also Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, per Gesetz zu sog. „sicheren Herkunftsländern“ erklären. Wäre dies der Fall, könnten die Roma wieder sehr schnell abgeschoben werden. Vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und dem Freiburger Forum Aktiv gegen Ausgrenzung organisiert, erheben Menschen bei dieser Kundgebung heute ihre Stimme. Sie versuchen damit, unserem Land ein anderes Gesicht zu geben.

Menschenrechte dürfen nicht nur für Deutsche gelten. In chancenlosen Ghettos leben zu müssen ist ein Verstoß gegen die Rechte, die Menschen überall auf diesem Planeten haben sollten. Das bedingungslose Eintreten dafür, dass die Menschenrechte überall auf der Welt und für jeden einzelnen Menschen gelten, muss uns Deutschen, die wir in einem Staat mit einer grauenhaften Vergangenheit leben, endlich selbstverständliche Verpflichtung werden.

Es hat sich wenig geändert seit dem Sommer 1993. Weit oben auf der Liste der Verachteten stehen die ‚Zigeuner‘. Solche Verachtung erzeugt Zorn und Feindseligkeit. So wächst in unserer Gesellschaft das Dornengestrüpp von Verachtung durch die Einheimischen und von Ärger und Abkapselung auf Seiten der Roma weiter. Das ist auch eine Folge der Tatsache, dass die deutsche Gesellschaft ihre Vergangenheit kaum oder nie aufgearbeitet hat.

Sie ist nicht vorsichtiger im Umgang mit Vorurteilen und nicht nachsichtiger gegenüber Fremdem geworden. Die Stigmatisierung von Menschen ist in unserem Land immer noch kein Tabu. Sie wird vielmehr als Mittel eingesetzt, um gesellschaftliche und soziale Wertungen zu konstruieren.

Eine aktuelle Studie der Universität Leipzig¹ zeigt: „Fast die Hälfte aller Bundes-

¹ http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/mitte_leipzig_internet.pdf

bürger möchte der Studie zufolge Sinti und Roma aus den Innenstädten verban-
nen. 56 Prozent der Befragten geben an, diese Gruppe neige zur Kriminalität. Und
fast ebenso viele hätten nach eigenen Angaben ein Problem damit, wenn sich Sin-
ti und Roma in ihrer Gegend aufhielten“ (spiegel-online).²

Ein klein wenig hat sich doch geändert seit 1993. Zur Abschiebung werden Men-
schen schon nachts um zwei oder drei Uhr aus ihren Unterkünften geholt, nicht
mehr erst ab sechs Uhr morgens.

Wo bleibt die Achtung vor einem Volk, das noch nie militant aufgetreten ist, das
noch nie ein Land überfallen, geschweige denn Krieg geführt hat?

Die Autorin ist 1.Vorsitzende von AWC Deutschland e.V. und für die Association of World
Citizens bei der UN in Wien als NGO-Repräsentantin akkreditiert.

*Hinweis für Leserinnen und Leser, die über eine Suchmaschine oder einen Link zu dieser
Seite gekommen sind. Sie befinden sich hier: www.worldcitizens.de.*

² [http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/sinti-und-roma-laut-rechtsextremismus-
studie-von-vielen-abgelehnt-a-973207.html](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/sinti-und-roma-laut-rechtsextremismus-studie-von-vielen-abgelehnt-a-973207.html)